

Die Risikobewertung befindet sich derzeit in der Schlußphase, so daß noch keine endgültigen Aussagen über die Notwendigkeit von Maßnahmen in spezifischen Bereichen möglich sind. Der Schlußbericht dürfte jedoch in Kürze vorliegen.

Die Ergebnisse der Risikobewertung und der Untersuchung über Vor- und Nachteile des Verbots bestimmter Azo-Farbstoffe und mit ihnen behandelter Produkte sowie über die Auswirkungen eines Verbots auf Zulieferer in den Entwicklungsländern werden zeigen, ob und in welchem Umfang harmonisierte Beschränkungen erforderlich sind. Diese Ergebnisse werden außerdem die Grundlage für weitere Diskussionen mit Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten und einen etwaigen Vorschlag der Kommission für harmonisierte Rechtsvorschriften bilden.

(98/C 304/210)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0621/98

von Angela Billingham (PSE) an die Kommission

(9. März 1998)

Betrifft: Kurdischer Bevölkerungsteil in Diyarbakir

Ist der Kommission bekannt, daß der kurdische Bevölkerungsteil in Diyarbakir angeblich durch Abwasser, das in die Trinkwasserversorgung gepumpt wird, vergiftet wird? Es wird behauptet, daß das betreffende Gebiet, ein früher fruchtbares Tal, zugrunde geht und viele Kinder krank werden. Wenn diese Behauptungen wahr sind: Ist das ein akzeptables Verhalten für ein Land, das der Europäischen Union beitreten will?

Antwort von Herrn Van den Broek im Namen der Kommission

(31. März 1998)

Der schwache soziale und wirtschaftliche Entwicklungsstand der südöstlichen Region der Türkei ist der Kommission durchaus bekannt, der sich in dem in mehreren Städten festgestellten Problem undichter Kanalisationsnetze zeigt. Die wegen der schadhaften Kanalisation austretenden Stoffe haben insbesondere Auswirkungen auf die Gesundheit der schwächsten Bevölkerungsgruppen, wozu auch die Kinder gehören. Die türkische Regierung ist sich dieser Situation bewußt. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hatte sie als Sonderpunkt auf die Tagesordnung seiner Sitzung vom 26. Februar 1998 gesetzt.

Schon 1997 wollte die Kommission im Rahmen des MEDA-Programms die Basisinfrastrukturen und Projekte zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der südöstlichen Region der Türkei zum Schwerpunktbereich erheben. Im letzten Jahr wurde ein Trinkwasserprojekt in Höhe von mehr als 21 Mio. Ecu für die Stadt Sanliurfa genehmigt. Auch hat die Kommission Finanzmittel (fast 23 Mio. Ecu) in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt, die für die Verbesserung der Kanalisationsnetze in Adana und Izmit gewährt wurden.

Was insbesondere die Stadt Diyarbakir anbelangt, so hat die Kommission 1998 Zinsvergütungen für ein Darlehen der EIB programmiert, das der „Diyarbakir Water and Sewerage Administration“ für den Bau eines Abwasser-Klärwerkes und eines Kanalisationsnetzes gewährt wird.

(98/C 304/211)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0625/98

von Juan Colino Salamanca (PSE) und Jesús Cabezón Alonso (PSE) an die Kommission

(9. März 1998)

Betrifft: GMO für Rohtabak: Nutzung des Forschungsfonds

Der aktuelle Vorschlag für eine Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak sieht die Schaffung eines gemeinschaftlichen Tabakfonds vor, der über eine Einbehaltung finanziert wird, die 2% der Prämie entspricht. Gegenwärtig beträgt dieser Abzug 1% der Prämie. Kann die Kommission die folgenden Fragen beantworten: